

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 28 (1949)
Heft: 9

Rubrik: Kleine Ausland-Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dem nächsten, vom Verfasser wohl schon vollendeten Band der Memoiren, der die Geschichte des Kriegseintrittes der Sowjetunion und der Atlantikcharta erzählen dürfte, kann man mit besonderem Interesse entgegensehen.

Kleine Ausland-Nachrichten

Eine geräuschlose Enteignung,

von der namhaftesten Schweizer Kapital mitbetroffen wurde, fand im Oktober 1948 in Argentinien statt, wo die Regierung der Provinz Buenos Aires durch Dekret kurzerhand die Verstaatlichung sämtlicher Anlagen und Installationen der Empresas Electricas de Bahia Blanca durchsetzte. Dem Geschäftsbericht der Gesellschaft zufolge entspricht die von den Behörden festgesetzte Abfindungssumme nur einem Bruchteil der Anlagewerte und ist daher für die betroffenen Kapitalisten «undiskutabel». Aber sie hüten sich, von der sehr drastischen Enteignung ein großes Geschrei zu machen, sie gibt nicht zu einem Kesseltreiben in der internationalen Kapitalistenpresse Anlaß, wie das gegenüber den «bolschewistischen» Verstaatlichungs- und Sozialisierungstendenzen der Labourregierung üblich ist. Die Enteignung in der Provinz Buenos Aires wurde sozusagen lautlos hingenommen, ohne internationales Aufsehen, obgleich die Behörden dabei sogar die Geschäftsbücher der Gesellschaft beschlagnahmten. Die Kapitalisten beschränken sich darauf, die Kompetenz der lokalen Behörden der Provinz beim Obersten Gerichtshof des Landes zu bestreiten, der inzwischen seine eigene Zuständigkeit bejahte, aber noch keinen materiellen Entscheid traf. Warum die sonderbare Stille beim Einbruch in die heiligsten kapitalistischen Reservate? Warum kein Lärm bei einem an sich sehr drakonischen Enteignungsfall?

Nun — die Empresas Electricas de Bahia Blanca in Buenos Aires ist nichts anderes als eine Tochtergesellschaft der *Schweizerisch-Amerikanischen Elektrizitätsgesellschaft* in Zürich, welche als Holdinggesellschaft schweizerischen Bank- und Industriekapitals in Südamerika noch mehrere ähnliche Gesellschaften unterhält. So die Compañía Italo-Argentina de Electricidad in Buenos Aires, die Lima Light and Power Co. in Lima, die Sociedad Comercial del Plata in Buenos Aires, die Compañía Americana de Luz y Traccion in Buenos Aires, die Energia Hidro-Electrica Andina S. A. in Lima und die Empresas Unidas de Electrica in Bogota.

Unsere Schweizer Kapitalisten haben also in Südamerika noch viele Eisen im Feuer; wegen des einen Fingers, der verbrannt ist, will man nicht die ganze Hand verbrennen. Zwar müssen sie bei den unruhigen Verhältnissen in den südamerikanischen Staaten jederzeit mit weiteren Staatseingriffen rechnen, denn die nationalen Tendenzen sind hier stark im Kommen, das fremde Kapital begegnet wachsenden Widerständen in dem Maße, da der Staat eine eigene nationale Wirtschaft kontrollieren will. Da kommt es eben für unsere Kapitalisten zunächst darauf an, das nationale Tier nicht zu reizen, um im schlimmsten Falle wenigstens mit heiler Haut davonzukommen. Das zeigt das Beispiel von Paraguay. Auch die Regierung von Paraguay hat in aller Stille eine Verstaatlichung vorgenommen, sie trifft eine andere Tochtergesellschaft der Zürcher Holdinggruppe: die oben genannte Compañía Americana de Luz y Traccion (Sitz in Buenos Aires). Diese Gesellschaft betrieb in Paraguay Trambahnen und Elektrizitätswerke, und diese Anlagen hat die Regierung von Paraguay durch Kauf in den Besitz des Staates übergeführt, wobei die Herren Kapitalisten aufatmend fest-

stellen, daß die Regierung bei den Verkaufsverhandlungen sehr guten Willen bekannte, nämlich gute Preise bezahlte für etwas, das sie auch einfach hätte annexieren können. Dabei wahrte sich die Gesellschaft noch ihren Einfluß auf die Betriebsführung, d. h. vermutlich auf Lieferungen usw. Jedenfalls zahlt die Gesellschaft noch gute 7% Dividenden; andere Gesellschaften rentieren noch besser, die in Bogota 12% bar und die Comercial del Plata sogar 20% bei erhöhtem Kapital!

Man versteht also, warum bei der Enteignung der Bahia Blanca nicht international Krach geschlagen wurde, kein moralischer Entrüstungssturm durch den kapitalistischen Blätterwald rauschte. Kann man die Enteignung nicht aufhalten, so will man wenigstens dabei lohnende Preise erzielen; der oberste Gerichtshof in Argentinien ist sicher eher zu solchen geneigt, wenn die liberale, die bürgerliche kapitalistische Presse überhaupt ihren heiligen Zorn gegen Enteignung und Verstaatlichung dämpft, und die Schweizer Kapitalisten wohl oder übel gute Miene zum bösen Spiel machen. Sollten freilich die Enteignungstendenzen auch in Südamerika überhand nehmen, wird das internationale Kapital um seinen Freiheitskampf (vielleicht unter Führung des amerikanischen Generalstabs) nicht herumkommen. Alsdann würde natürlich die Parole für die ideologische Pressekampagne freigegeben werden, um die Weltmeinung gegen diese neuen «Bolschewiki»-Staaten zu mobilisieren.

-s.

Hinweise auf Zeitschriften

Weltgewerkschaftsbünde

Die Geschichte der Spaltung des kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbundes wird von *Philip Murray*, dem Präsidenten des Congress of Industrial Organizations (CIO), in «*United Nations World*» (7) resümiert. Murray ist Katholik schottischer Herkunft und steht schon aus religiösen Gründen der bolschewistischen Doktrin oppositionell gegenüber. Anhänger und Mitarbeiter des Marshallplans, von dem die amerikanischen Arbeiter einen Schutz vor Arbeitslosigkeit erwartet haben, hat er sich der kommunistischen Infiltration in den CIO widersetzt und ihn aus dem Weltgewerkschaftsbund wieder herausgeführt. Sein Ziel, einen demokratischen Weltbund zu bilden, den die Vereinten Nationen anerkennen, wurde durch den Einfluß der russischen *Außenpolitik* auf den Weltgewerkschaftsbund veranlaßt. Der Bund machte sich jede Wendung dieser Außenpolitik zu eigen und ließ nichts zu, was mit ihr im Widerspruch stand. Er kann als eine Schöpfung Murrays bezeichnet werden, der seit 1942 auf die Gewerkschaftsinternationale drängte und in der Londoner Gewerkschaftskonferenz von 1945, auf der 64 Nationen vertreten waren, den ersten Zusammenschluß schuf.

Die Spaltungstendenzen entstanden im Weltgewerkschaftsbund durch seine Politisierung. Schon die Frage politischer Streiks, so gegen Spanien, führte zu Gegensätzen. Das kommunistisch beherrschte Sekretariat machte sich immer mehr die Interpretation des Lebensstandards der amerikanischen Arbeiter im Vergleich zu den russischen durch die Prawda zu eigen. Auf der Konferenz der Exekutive von 1947 konnte der Vertreter des CIO eine Diskussion des European Recovery Program (ERP) nur schwer erkämpfen. Sie wurde innerhalb des Weltgewerkschaftsbundes verhindert, und der Einfluß des französischen CGT, des italienischen CGIL zwang den CIO, zur Regelung der ERP-Probleme ein eigenes internationales Komitee zu bilden, aus dem der kommende nicht-kommunistische Weltgewerkschaftsbund hervorgehen soll.